

**Annoncen-
Annahme-Bureau.**
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 17)
bei C. F. Meißel & Co.
Brettelstraße 14,
in Gnesen bei H. Spindler,
in Grätz bei F. Streifand,
in Leseritz bei M. Matthias.

Posener Zeitung.

Dreundachtzigster

Jahrgang.

**Annoncen-
Annahme-Bureau.**
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei C. F. Meißel & Co.,
Haasenklein & Vogler,
Rudolph Meißel.
In Berlin, Dresden, Götting
beim „Invalidenbank“.

Nr. 797.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Freitag, 12. November.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaßte Petitzelle ober deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Amstisches.

Berlin, 11. November. Der König hat geruht: dem Kreisphy-
sikus des Kreises Osterode a. S., Dr. med. Strecker zu Duderstadt den
Charakter als Sanitätsrath und dem Brauereibesitzer Hoffmann zu
Potsdam den Charakter als Kommerzienrath zu verleihen.

Vom Landtage.

7. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 11. November. 11 Uhr. Am Ministertische Graf zu
Eulenburg, Bitter und Kommissarien.

Eingegangen ist eine Interpellation des Abg. v. Cuny betreffend
die Gerichtskosten und ein Rechenschaftsbericht über den Hinterlegungs-
Fonds.

Die Verhandlung über die Kreis- und Provinzialord-
nung für die Provinz Posen wird fortgesetzt.

Abg. v. Tiedemann (Posen): Wenn Herr Kantat eine so
durchaus sachgemäße und die Verhältnisse in der Provinz noch in sehr
mildem Licht beleuchtende Darstellung, wie sie der Abg. Hahn gestern
gab, schon nicht ertragen konnte, so beweist er damit, daß seine Partei
noch nicht reif für die Selbstverwaltung ist. Mit der Versicherung des
Herrn v. Stabrowski, daß sie sich stets auf dem Boden des Gesetzes ge-
halten habe, steht die von Hahn erwähnte „Fahnenaffaire“ in eklamantem
Widerspruch. Es ließen sich ihr leicht noch andere Geschichten
hinzufigen, wenn ich nicht fürchten müßte, damit die Empfindlichkeit
der Herren zu reizen, was mir bei ihrer Lebenswürdigkeit fern liegt.
Von welcher Seite kommen denn übrigens auch die meisten Anträge
auf Einstellung des Strafverfahrens gegen Abgeordnete? Hr. Kantat
faßt die Fahnenaffaire als eine Privatfache auf; damit ist ihr aber bei
der hohen gesellschaftlichen Stellung, die der Betreffende einnimmt, die
Spitze nicht abgebrochen. Die Angelegenheit ist mit Recht als ein
Zeichen für den Charakter unserer provinziellen Verhältnisse hingestellt
worden. Der Kulturkampf, der sich in unserer Provinz am meisten
ausgeprägt hat, hat die beiden politischen Parteien, die revolutionäre und
die aristokratische, geeinigt. Sie, im Verein mit den ultramontanen
Bestrebungen (Oho!) haben unter der polnischen Partei eine Disziplin
zu Wege gebracht, die geradezu einen Terrorismus ausübt, dessen sich
die Deutschen, evangelischer wie jüdischer Konfession, nicht erwehren
können und daher bisher stets der Fahne der Polen gefolgt sind. Da
ist es Pflicht der deutschen Gesetzgebung, dafür zu sorgen, daß diese
Einflüsse mindestens abgeschwächt werden. Verstärkt werden sie noch
durch die gesellschaftliche Stellung der polnischen Aristokratie und durch
die geschäftlichen Beziehungen, so daß nicht selten Deutsche, evange-
lischer oder jüdischer Konfession, um die guten Geschäfte mit solchen
Herren nicht zu verlieren, ihr Wahlrecht entweder nicht ausgeübt oder
gar verleugnet haben. Trotz aller Verdienste polnischer Aristokraten
um die Kommunalverwaltung, ist es doch sehr bedenklich, die jetzt vor-
handenen Schranken durch Verleihung der Selbstverwaltung zu durch-
brechen. Dann wird man erst sehen, wie weit der polnische Terroris-
mus geht. Die bona fides des Abgeordneten v. Stabrowski bezweifle
ich nicht; aber bei allen Ihren Bestrebungen haben Sie lediglich die
Ziele der polnischen Agitation im Auge, die Wiederherstellung der Zu-
stände vor Erlass der Maigese. Diese Umstände haben die Mehrheit
der Bevölkerung der Einführung der Selbstverwaltung abgeneigt ge-
macht: der vorliegende Entwurf entspricht gerade den tatsächlichen
Verhältnissen. Wir werden deshalb an dem Zustandekommen desselben
mitwirken, obwohl die Vortheile, die er bietet, nur mittelbare sind.
Sie liegen für uns in der Möglichkeit der Einführung der Organisation
der allgemeinen Landesverwaltung und der Verwaltungsgerichtsbarkeit.
Was die wichtige Frage der Bildung des Kreisausschusses betrifft, so hat
man zwar darauf hingewiesen, daß ein ernannter Kreisausschuß außerhalb
jedes organischen Komplexes mit dem Kreistage stehe, und als Korrektiv
den Friedenthal'schen Vorschlag empfohlen. Dieser ist aber für mich
durchaus unannehmbar. Die drei durch den Kreistag gewählten Mit-
glieder würden sich stets als die wahren Vertreter des Kreises geriren
und den ernannten Mitgliedern eine schiefe Stellung geben. Auch die
Eventualität muß ich ablehnen, wonach einem vom Kreistage erwähl-
ten Kreisausschuß lediglich die kommunalen Angelegenheiten zu über-
tragen seien. Namentlich in politisch erregten Zeiten würde sich die
Gefährlichkeit des Planes herausstellen, das ganze Vermögen des Krei-
ses einer rein polnischen Körperschaft anzuvertrauen. Jedenfalls muß
für die ganze Provinz eine einheitliche Modalität geschaffen werden.
Die Vorwürfe gegen den Wahlmodus bezüglich des Großgrundbesitzes
kann ich als richtig nicht anerkennen. Nur dieser Modus sichert der
Minorität genügende Vertretung auf dem Kreistage. Die Beibehal-
tung der Distriktskommissare kann ich nur dringend empfehlen, nur
wünsche ich, daß die Qualität derselben eine bessere werde. Auch em-
pfehle ich, sie in disziplinärer Stellung dem Kreisausschuß zu un-
terstellen. Was den Kernpunkt der Vorlage, den Provinzialalltag,
angeht, so scheint es mir nicht hinreichend, wenn der Entwurf dem
Könige das Recht zur Ernennung von nur 10 Abgeordneten giebt;
das würde günstigstenfalls das Verhältnis der deutschen zu den polni-
schen Vertretern wie 42:38 gestalten. Bei der Wichtigkeit der Insti-
tution ist das keine genügende Mehrheit. Im Ganzen acceptieren wir
dennoch das Gerippe der Vorlage in der Hoffnung, daß es dereinst
Fleisch und Blut gewinnen möge. (Beifall rechts.)

Abg. Kantat: Ich befinde mich gestern dem Abg. Hahn gegen-
über auf dem Standpunkte der Vertheidigung gegen die Angriffe,
welche der erste Theil seiner Rede lediglich enthielt. Wenn der Vor-
redner folgert, wir seien für die Selbstverwaltung noch nicht reif, so
verwechselt er Politik und Selbstverwaltung. Er schöpft aus dem
politischen Gebiete Gründe dafür, uns die Selbstverwaltung zu ver-
weigern. Die Frage, woher die meisten Anträge auf Einstellung des
Strafverfahrens kommen, ist durchaus gleichgültig. Wenn die Mehr-
zahl von uns herührt, so beweist dies nur, daß wir, und namentlich
unsere Presse in einer Weise verfolgt werden, daß man gegen uns die
meisten Strafanträge stellt. (Widerspruch.) Für den Unterschied
zwischen einer revolutionären und aristokratischen Partei habe ich kein
Verständnis. Es giebt bei uns keine solche Parteien. Wir bilden
überhaupt keine Partei, sondern einen Theil der polnischen Nation,
und diese Ueberzeugung geht uns über Alles! Die ultramontanen
Bestrebungen repräsentieren nur die Vertheidigung des kirchlichen Rechts
gegen die Willkür des Staats (Oho!), und weil wir zum größten
Theil katholisch sind, so find wir, wenn man uns als solche angreift,

nicht Revolutionäre, Ultramontane oder Aristokraten, sondern Katho-
liken und vertheidigen diesen Standpunkt! (Beifall im Centrum.) Was
unsere gesellschaftliche Stellung und deren angebliche Einflüsse anbe-
trifft, so bedaure ich, daß es bei Ihnen so weit gekommen ist, daß Sie
privaten Nutzens halber Ihre Rechte verleugnen. Wenn der Abg.
v. Tiedemann, angeblich im Gegensaß zu mir, nicht erregt gewesen ist,
so ist das für mich durchaus verständlich. Er hat ja die Sache die
Nacht über beschlafen können. (Heiterkeit.) Worauf seine und der
Regierung Bestrebungen hinausgehen, das liegt klar auf der Hand:
Sie wollen uns majoritiren, Sie wollen die Macht in der Hand haben,
um davon gegen uns in jedem Augenblick Gebrauch machen zu können.
Wir sind noch nie in der Lage gewesen, Sie zu terrorisiren. Wir
berufen uns dafür auf unsere Geschichte: niemals haben wir eine Na-
tionalität unterdrückt! (Beifall bei den Polen und im Centrum.)

Abg. Windthorst: Wenn man zu Gunsten der Polen das
Wort ergreift, so ist man allen möglichen Mißdeutungen ausgesetzt.
Das kann mich aber nicht abhalten, den Eindruck wiederzugeben, den
die Debatte auf mich gemacht hat. Ich verrete das Recht der Polen
innerhalb der staatsrechtlichen Verhältnisse, in welchen sie sich befinden,
wie ich das eigene Recht verrete; wollen sie ihr Recht auf gewaltsame
Weise erobern, so trete ich ihnen entgegen. Die Zweifel, in wie weit
die Selbstverwaltung in Posen einzuführen ist, scheinen mir unbegrün-
det. Die nationalen Gegensätze machen sich doch nur auf politischem,
nicht auf auf kommunalem Gebiete geltend. Ein gemeinsames Wirken
auf kommunalem Boden wäre geeignet, die politischen Gegensätze aus-
zugleichen oder zu mildern. Ausschreitungen der selbstverwaltenden
Körperschaften können durch gesetzliche Rauteln verhindert werden.
Das Einzige, was notwendig ist, wäre das: für eine verhältniß-
mäßige, der Stärke der Kopfzahl entsprechende Vertretung der beiden
Nationalitäten Sorge zu tragen; das ließe sich in der Wahlordnung
vollständig erreichen. Das Bündnis der Polen und Ultramontanen,
von dem man gesprochen hat, beweist, wie weit die Wirkung des Kul-
turfampfes geht. Ich bedaure nicht, daß die Katholiken sich den Polen
angeschlossen haben, vorausgesetzt, daß das nicht weiter geht, als zur
Wahrung der Rechte Aller notwendig ist. Ich zweifle, daß die Me-
thode, nach welcher unsere polnischen Mitbürger behandelt werden, die
richtige ist. Man darf eine Nationalität nicht majoritiren oder unter-
drücken. Ein guter Theil des ehemaligen Polens gehört zu Oesterreich
und wenn die Herren die Verfassungskämpfe in Oesterreich sich näher
ansehen, so werden sie finden, daß gerade die Polen die kräftigsten
Stützen des österreichischen Ministeriums sind. Es wäre wohl gut,
sich die Frage vorzulegen, wie kommt es, daß das in Galizien so ganz
anders ist, als in Posen? Wenn wir dieselbe Methode anwenden,
würden wir dasselbe Resultat haben. Wenn die Selbstverwaltung in
Posen nicht möglich ist, dann sollte man es beim Alten lassen. Nach
allen Erörterungen scheint es mir von großer Wichtigkeit zu sein, mit
diesen Kreisordnungen nicht eher abzuschließen, als bis auch die Kreis-
ordnungen für die übrigen Provinzen vorliegen. Ich wünsche, daß die
Kreisordnungen zusammen vorliegen, damit man sich ein Gesamt-
urtheil bilden kann. Jedenfalls werde ich, soviel an mir liegt, der An-
wendung des Grundgesetzes: „Divide et impera“ entgegenzutreten. (Bei-
fall im Centrum und bei den Polen.)

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Ich bin dem Abg.
Windthorst dankbar für die freundliche Theilnahme, die er dem Maße
meiner Arbeit zuwendet; es würde mich noch mehr erfreuen, wenn er
den Ergebnissen meiner Arbeit mit etwas mehr Wohlwollen gegenüber-
stände als bisher. Die Bestimmungen des Vordröner über die Kreis-
ordnung und Provinzialordnung der westlichen Provinzen hat dann
hingewiesen auf die Frage, welche Politik im Allgemeinen einer frem-
den Nationalität gegenüber eingeschlagen werden müsse und dabei auf
ein befreundetes Land verwiesen. Ich muß mir ein näheres Eingehen
auf diesen Punkt verlagern, weil ich es nicht thun könnte, ohne eine
Kritik von Maßregeln einer anderen Regierung eintreten zu lassen,
was von meinem Standpunkte aus nicht angemessen sein würde. Aber
einen Punkt muß ich doch berühren. Wenn der Vordröner den Erfolg
in's Auge faßt, den die Politik in Galizien hat, so bin ich erstant,
daß er ihn vom Standpunkte der deutschen Nationalität für besonders
erwünscht erachtet. (Sehr richtig!) Als fürstlich dem Monarchen dieses
Staates bei seiner Anwesenheit in dem Lande ein begeisterter und
außerordentlich warmer Empfang zu Theil wurde, da konnten polnische
Blätter sich nicht enthalten, ihr Tadelspotium über dieses Verhalten
damit zu motiviren, daß dies ein unpatriotisches Verhalten sei. (Hört!)
Das ist wohl eine genügende Illustration. Der Abg. Windthorst hat
dann ferner darauf hingewiesen, daß nichts dem entgegenstehe, ein aus-
gedehntes Maß von Selbstverwaltung in Posen einzuführen, weil die
Gegensätze im kommunalen Leben verschwinden, wie dies in anderen
Gegenden sich gezeigt habe. Er übersieht dabei, daß es sich in jenen
Gegenden nur um politische Gegensätze handelt; das Eigentümliche
nationaler Gegensätze ist gerade, daß ihre verderbliche Wirkung auf
allen Gebieten des öffentlichen Lebens sich zeigt, und daß die Garantien,
die sonst vorhanden sind, um auf neutralem Gebiet einen günstigen
Erfolg zu sichern, auf ein so minimales Maß sich verringern, daß der
Versuch, die Selbstverwaltung einzuführen, ein vergeblicher sein würde.
Den Polen gehen ihre nationalen Ueberzeugungen über Alles und das
macht es bedenklich, ihnen die Mitwirkung bei der Selbstverwaltung
einzuräumen. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. v. Stabrowski: Nach dem Abg. v. Tiedemann wäre es
bedenklich, in politisch erregten Zeiten einem Kreisausschuß, der aus
Polen bestände, die Verwaltung anzuvertrauen. Dies ist nicht richtig.
Die Polen sind sehr vorsichtige Finanziers; wenn das Reich ihrem
Rathe gefolgt wäre, so hätte es von der Einführung der Goldwäh-
rung Abstand genommen. Uebrigens beständen in dem neutralen Ge-
biete der Kommunalverwaltung in Posen durchaus keine nationalen
Gegensätze. Die Verfassungstreue der Polen anzuzweifeln, weil sie sich
stets auf ältere Verträge berufen, sei irrig. Sie streben allerdings
danach, eine gewisse Autonomie zu erlangen, aber nur auf streng ver-
fassungsmäßigem und gesetzlichem Wege.

Damit schließt die Diskussion. Die Vorlage wird der Zuständig-
keitskommission überwiesen, welche für diese Provinz um 7 Mitglieder
aus der Provinz Posen verstäkt wird.

Ohne Debatte erledigt das Haus in dritter Berathung die Vor-
lage, betr. die Weichselfärbahn und den Bericht über das
Konjunktionsgesetz.

Die Rechnungen der Kassen der Ober-Rechnungskammer für
1878/79 werden der Rechnungskommission, der Bericht über die bishe-
rige Ausführung des § 4 des Gesetzes, betreffend den Erwerb mehrerer
Privateisenbahnen für den Staat, vom 20. Dezember 1879 und des
§ 5 des Gesetzes, betreffend den Erwerb des Rheinischen und Berlin-

Potsdam-Magdeburger Eisenbahnunternehmens für den Staat, vom
14. Februar 1880, der Budget-Kommission überwiesen.

Es folgt die Berathung der Uebersicht von den Staats-
Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1879/80.

Abg. Rickert wünscht auch diese Uebersicht nach der Praxis des
Hauses der Rechnungskommission zu überweisen, obwohl dieses Ver-
fahren im vorliegenden Falle fraglich werden könnte. Doch will er
schon heute, bevor noch die Budgetberathung beginnt, dem Finanzminister
Gelegenheit geben, seine bei Einbringung des Budgets gemachten Mitthei-
lungen selbst oder durch Kommissarien verschiedener Ministerien zu erläu-
tern. Der Herr Minister hat von dem vorliegenden Abschluß mehrmals
hervorgehoben, daß er sehr gut sein würde, wenn er nicht etwas
schlechter geworden wäre: wenn die Mindereinnahmen und die Mehraus-
gaben nicht so groß gewesen wären, hätte das Jahr sehr gut abge-
schlossen. Und zugleich wies er an einer anderen Stelle darauf hin,
daß nichtsdestoweniger 1879/80 gegen das Vorjahr eine Verbesserung
in dem Abschluß von 3½ Mill. nachgewiesen, also auch den allerchwarz-
zeisten Ansichten über die jetzige Finanzverwaltung gegenüber ein sehr
bedeutender Fortschritt zum Besseren erkennbar ist. Durchweg bemühte
sich der Herr Finanzminister in seinem Vortrage gegen den Verdacht
zu schützen, daß in der Rechnungsübersicht und im Etat Minderein-
nahmen aus wirtschaftlichen Gründen auftreten könnten und die neue
Ära der Wirtschaftspolitik durch trockene Zahlen zu decken. Der vor-
liegende Abschluß ist gegen den vorangehenden um 3½ Millionen gün-
stiger ausgefallen. Das gebe ich zu. Aber man macht leicht einen
günstigeren Abschluß, wenn man mehr Steuern und Zölle erhebt: an
unvorhergesehenen aus dem Reiche herübergekommenen Einnahmen sind
4,132,000 Mk. in Rechnung gestellt, und mit den 110 Millionen, die
der Herr Finanzminister noch für das Reich in petto hat, wird man
noch bessere Abschlüsse erzielen. Die Herren auf der Rechten sollten
also doch endlich aufhören zu sagen, es handle sich um Erleichterungen,
namentlich für die unteren Volksklassen. Dies Programm stellen Sie
nur einstweilen in die Ecke! Bei der Budgetdebatte werden wir Ihnen
zeigen, wohin die jetzige Finanzpolitik führt, namentlich für die ärme-
ren Klassen, dieses Programm, für das der Herr Finanzminister sich
drei Mal auf die Solidarität der gesammten deutschen Finanzminister
berufen hat. Für heute bleibe ich strikte bei den vorgelegten Zahlen
und frage den Herrn Finanzminister, wie er dazu kommt, auf Grund
derselben fortwährend von einer Hebung der wirtschaftlichen Verhält-
nisse zu sprechen? Mindereinnahmen in wirtschaftlicher Beziehung sind
nicht vorhanden: Die Domänenverwaltung hat eine solche von 747,000
Mark, die Forstverwaltung von 4 Millionen; die direkten Steuern zeig-
en ein Mehr von 568,000 — sehr natürlich, da man mehr Steuern
erhebt. Stempelsteuern ein Minus von 4 Millionen; und sind sie nicht
der Puls des wirtschaftlichen Lebens? Die Bergwerksverwaltung hat
allerdings eine Mehreinnahme von 1,367,000 Mk. und dazu wird die
Erläuterung gegeben: „Das Jahr 1879 war für die Montanindustrie
Preußens ein höchst bedeutungsvolles, indem sich im Laufe desselben die Umge-
staltung der Wirtschaftspolitik und Zollgesetzgebung des Reiches vollzog“
Thatsächlich begann der Aufschwung der Kohlenindustrie in Folge des
strengen Winters. (Unruhe.) Indessen auch diese Behauptung gebe
ich Ihnen vollkommen preis; ich frage nur den Finanzminister: wo
ist denn der wirtschaftliche Aufschwung? Sie haben bei der Berg-
und Hüttenverwaltung eingenommen 1877/78 93 Millionen Mark,
1878/79 84 Millionen und in dem Jahre des angeblichen Aufschwunges
82½ Millionen, also 1½ Millionen weniger als im Vorjahre. Die Aus-
gaben stellten sich dann so: 1877/78 80 Millionen, 1878/79 73½ Mil-
lionen und 1879/80 70½ Millionen. Ja, wenn man an den Betriebs-
ausgaben spart, kann man freilich bessere Abschlüsse machen. Die
Mehreinnahme von 1,376,000 Mark setzt sich lediglich zusammen aus
Ersparnissen bei den Ausgaben, namentlich im Extraordinarium; die
Einnahmen selbst sind geringer als im Vorjahre. Bei den Eisenbahnen
haben wir eine Mehreinnahme von 6,605,000 M. gehabt. Der Minister
bemerkte dazu, daß unter diesen 6½ Millionen sich 4,418,000 M. befin-
den, welche den verstaatlichten Privatbahnen angehören. Wenn man
die alten von den neuen Eisenbahnen trennt, so haben die ersteren
10 Millionen Mindereinnahme und 10½ Millionen Mehrausgabe gehabt.
Dabei ist aber zu bemerken, daß die Ausstattung der Erneuerungsfonds
durchaus nicht im Einklang mit den Prinzipien einer soliden Wirt-
schaft steht. Der Erneuerungsfonds für die Bahnanlagen wurde be-
willigt in Höhe von 9½ Millionen, und schon diese Summe hielt man
für sehr niedrig bemessen, trotzdem ist daran noch die Summe von
1,238,000 M. gespart worden. Für die Erneuerung des Lokomotiv-
und Wagenparks wurden bewilligt 3½ Millionen, ausgegeben 2½ Mil-
lionen; es ist hier also beinahe der dritte Theil erspart worden. (Hört!)
Auf diesem Wege kann man freilich günstige Abschlüsse erzielen.
Auch in dem Etat von 1881/82 hat sich der Finanzminister eine
Mehreinnahme von 26 Millionen eingerechnet. Davon entfallen —
beiläufig bemerkt — 12 Millionen allein auf Verringerung der Schulden.
Der Etat hat in diesem Punkte noch mehr Achillesferse. Es hat nach
der eigenen Rechnung der Regierung dabei ein Minderanfall von 8
Millionen für den Erneuerungsfond stattgefunden. Die Hoffnungen
des Ministers auf eine Besserung der Verhältnisse theile ich hiernach
nicht. Ich glaube sogar, daß die Wirtschaftspolitik des Reichsfanzlers
den naturgemäß schon vor mehreren Jahren in Aussicht zu nehmenden
Aufschwung der Industrie verhindert hat. (Gelächter rechts.) Ich
weiß wohl, daß es Zeiten giebt, wo man gewisse Dinge nicht sagen
darf, ohne einem Gelächter zu begegnen, ich weiß aber auch, daß alle
Dinge ein Ende haben. (Sehr richtig! Heiterkeit rechts.) So wird
auch die Idee von dem nothwendigen Aufschwung der Industrie durch
die Wirtschaftspolitik des Reichsfanzlers sich noch eine Weile aufrecht
erhalten und dann an der nichternen Wirklichkeit zu Schanden werden.
Was das schöne Programm von der Steuererleichterung des armen
Mannes betrifft, so wird derselbe nach 2 bis 3 Jahren, wenn er sich
die Rechnung macht, zu der Einsicht kommen, daß diese Politik kein
Vortheil, sondern ein schwerer finanzieller Nachtheil ist. Bei dem Etat
der Selbstverwaltung ist eine Mehrausgabe, die ich mit dem Herrn
Finanzminister bedauere; ich habe in dieser Beziehung absolut nichts
einzusetzen. Sie haben dann aber auch eine Ersparnis beim
Kultusetat von 1,426,000 Mark, die sich auf die Gymnasien, Real-
schulen, auf das Elementarschulwesen und auf die Bisthümer ver-
theilt und die ich nicht gern sehe. Ich komme zu dem Gesamtrezu-
halt: die Regierung hat kein Recht, diesen Rechnungsabschluß als
einen besonders günstigen hinzustellen. Wenn Sie das Extraordinarium
und namentlich die hier gemachten Ersparnisse abziehen, so stellt sich
eine Unbilanz heraus. Ich möchte den Finanzminister bitten, daß
er uns heute etwas mehr Erläuterungen giebt und vielleicht weitere
Mittheilungen über die Resultate des jetzigen Jahres daran schließt.

Ich beantrage, die vorliegende Uebersicht an die Rechnungskommission zu überweisen, mit dem Auftrage, dieselbe nicht bloß formell, sondern auch nach der Richtung hin zu prüfen, ob sie — wie die Regierung behauptet — ein Beweis dafür ist, daß wir in wirtschaftlicher Beziehung Fortschritte gemacht haben. (Beifall links.)

Finanzminister Bitter: Der Herr Abgeordnete Richter hat soeben einen sehr richtigen Satz ausgesprochen, der dahin geht, daß Alles in der Welt sein Ende nimmt (Geisterstille), unsere wirtschaftlichen Hoffnungen, wie auch unsere wirtschaftlichen Befürchtungen, und ich bin der Meinung, und gewiß ein großer Theil des Hauses mit mir, daß unsere wirtschaftlichen Befürchtungen und der beispiellose Niedergang, den wir 7 Jahre hindurch in den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen zu erleiden hatten, sein Ende nehmen wird. Ich kann jetzt zu meinem Bedauern auf die Auseinandersetzungen des Abg. Richter bezüglich des Bergwerks- und Eisenbahnetats nicht antworten, ohne mich zuvor mit meinem Herrn Kollegen, der dieses Resport speziell zu vertreten hat, verständigt zu haben. (Aha! links.) Ja wohl, meine Herren, es ist bei uns nicht eingeführt, daß wir Kritik üben, bevor wir uns nicht mit unseren Herren Kollegen in Verbindung gesetzt haben. Wenn der Abg. Richter aber erklärt hat, es sei bei der Vorlegung des Etats und bei den Bemerkungen, die ich über das Jahr 1878/79 gemacht habe, mein Bestreben gewesen, die Aera der jetzigen Wirtschaftspolitik gegen die Vermuthung zu decken, als ob in ihr ein Rückgang und nicht ein Fortgang zu finden wäre, so muß ich das, so weit es mich betrifft, als irrig bezeichnen. Ich habe einen derartigen Verdacht weder gehabt, noch abwehren wollen. Wenn hier jetzt gesagt wird, es haben bei einzelnen Positionen Mindereinnahmen stattgefunden — der Abg. Richter hat sich vorzugsweise auf den Bergwerksbetrieb bezogen — so hat er auf der anderen Seite gleich hervorgehoben, daß der Aufschwung, der in der Kohlenbranche stattgefunden hat, die Folge der strengen Kälte gewesen sei. Ja, wozu dient denn das Heilmittel? Es werden doch nicht im Sommer bei der großen Hitze 24 Millionen Menschen das Heizmaterial kaufen, um es da verwenden zu können! Das Heizmaterial dient offenbar dazu, um es während der Kälte in Anwendung zu bringen, also es muß auch gekauft werden. Daß dies der Regierung zum Vorwurf gemacht werden würde, habe ich wirklich nicht erwartet; ebenso wenig, wie ich es für möglich halten würde, daß das hohe Haus oder irgend einer, der sich für die Verhältnisse des Landes interessiert, daraus Vorwürfe herleiten könnte, daß in den Kreisen Lauban und Görlitz ein furchtbarer Wolfenbruch stattgefunden hat, der die Regierung zur Ausgabe von großen Summen genöthigt, oder daraus, daß die Oder sich in unerhörtem Maße über die Ufer ergossen hat, so daß auch da die Regierung mit ihren Mitteln eintreten mußte. Ein Niedergang ist in den Jahren 1879/80 keineswegs vorhanden gewesen. Von dieser Zeit aus kann man im Großen und Ganzen den Aufgang, die Besserung, wenn sie auch die Anerkennung des Vorredners nicht gefunden hat, beobachten. Ueber die Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck habe ich bei Vorlegung des Etats mit keiner Silbe gesprochen, so sehr ich persönlich und sachlich anerkenne, daß sie eine richtige ist, und so wenig ich zugebe, daß sie in 3 bis 5 Jahren das Land an den Abgrund des Verderbens bringen werde, wie man aus der Rede des Vorredners wird herleiten können. Der Abg. Richter hat den Wunsch ausgesprochen, daß ich über die Ergebnisse der Finanzverwaltung in den letzten beiden Quartalen Mittheilung mache. Ich trage Bedenken, dies zu thun, weil ich dazu eine ungeheure Masse von Zahlen gegenwärtig haben müßte, die mir im Augenblick nicht zu Gebote stehen. Ich kann nur wiederholen, daß die Resultate der Finanzverwaltung der letzten 6 Monate gegen das Etatsoll und gegen das V. Jahr bedeutende Verbesserungen zeigen. Im Uebrigen kann ich nur wünschen, daß die Besserung sich noch bestimmter zeige, damit sie auch dem Abg. Richter, worauf ich sehr großen Werth lege, als eine besonders erfreuliche erscheine.

Abg. v. Minnigerode: Das Vorgehen des Abg. Richter ist nach den Umständen des Hauses ein ungewöhnliches. Gewöhnlich wird diese Uebersicht der Kommission überwiehen, und nachdem dort die Prüfung und die Erörterung derselben stattgefunden hat, kommt dieselbe im Plenum zur Debatte. Doch habe ich mich wundern müssen, daß der Abg. Richter von seinem Standpunkte aus nicht befriedigt gewesen ist, daß das Jahr 1879/80 mit so heiler Haut davongekommen ist. Denn der letzte Etat ist doch von dem vergangenen Abgeordnetenhaus, also von der herrschenden Partei, festgestellt worden, und der Abg. Richter hatte doch gewiß keinen Grund, an seinem eigenen Kinde Kritik zu üben. Die Wirkungen der neuen Wirtschaftspolitik können nur allmählig eintreten und niemals ist unversetzt behauptet worden, daß wir wie mit einem Zauberschlage den neuen Glanz derselben hervortreten lassen würden. Vielmehr rechnen wir auf einen zwar langsam eintretenden, aber stetigen Erfolg. Erkannt war ich, daß er über den Justizetat so stillschweigend hinweggegangen ist, ich weiß wirklich nicht, ob ihm etwa am Schluß die Stimme dabei versagte oder ob er über eine ihm unangenehme Position lieber weggehen wollte. Wenn er dann schließlich über die Versprechungen und Erfüllungen für den so beliebten armen Mann gesprochen und gefragt hat, wo diese geblieben sind, so münderte ich mich, daß er dies projiziert hat. Es sind zwei Schritte, die wir zu gehen haben. Den ersten haben wir bereits angetreten, nämlich mit den Sünden der Vergangenheit, mit der Erbschaft, die wir von Ihnen, von der linken Seite des Hauses angetreten haben, aufzuräumen, und jetzt werden wir den zweiten selbständigen Schritt thun und Gesetze machen, welche dem Volke Steuererleichterungen gewähren.

Abg. Richter: Hoffentlich hat Herr v. Minnigerode in allem anderen mehr Recht, als damit, daß es nicht der Gewohnheit des Hauses entspreche, bei der ersten Berathung einer solchen Uebersicht eine Diskussion hervorzurufen. Ein Blick in die Akten des Hauses wird ihn überzeugen, daß er sich irrt. Warum hat mir Herr v. Minnigerode denn auf meine sachlichen Ausführungen gar nicht geantwortet. (Sehr richtig! links.) Die von mir angeführten Zahlen hat weder er, noch der Minister beachtet, sondern sie haben nur ganz im Allgemeinen von den Folgen der Wirtschaftspolitik gesprochen. Ich habe die Diskussion begonnen, weil ich glaube, daß man im Lande nicht zufrieden sein wird, wenn fortwährend den Thatfachen widersprechende rosigte Schönfärberei getrieben wird. Herr v. Minnigerode ist früher Arm in Arm mit mir Freihändler gewesen. (Gört! links) und wenn er will, lege ich ihm einige seiner Aussprüche aus dem Jahre 1874 vor, die mir ins Herz geschrieben sind. Die Ansichten über die Wirtschaftspolitik haben also gewechselt. Wir sind seit lange alte verhärtete Freihändler und werden als solche sterben. Sie dagegen haben es fertig gebracht, im Laufe von zehn Jahren die Sache bald so, bald so anzusehen, wie sich gerade, ich will nicht sagen die Strömung, aber ihre Ueberzeugung änderte. Da macht es sich doch eigentümlich, wenn solche ehemalige Freihändler uns jetzt von oben herab Vorwürfe machen. Vergeffen Sie doch nicht ihre eigene Vergangenheit und die Ihrer Koryphäen. Dem Herrn v. Minnigerode rathe ich, die „Kreuz-Zeitung“ zu studiren, die bis vor 3 oder 4 Jahren noch freihändlerisch war. Der Herr Minister glaubt, die Finanzlage des Staates und die Finanzverwaltung sei so ziemlich dasselbe. Da sieht man, wie die Herren an Regierungstisch sich die Sache vorstellen. Das wäre nicht sehr schön, wenn im Augenblicke die Finanzlage und die gegenwärtige Verwaltung sich deckten. (Sehr gut! links.) Nein, meine Herren, die gegenwärtige Finanzverwaltung — ich weiß nicht, wie lange sie dauern wird, aber sie ist herzlich — kann eine Menge von Experimenten mit dem glücklicherweise sehr soliden Unterbau unserer Finanzlage machen, ehe sie die alte solide Basis der preussischen Finanzwirtschaft erschüttert. Deswegen dürfen diese Experimente allerdings nicht dauern. Bei dem Etat werden wir uns darüber unterhalten, was man mit unserem mühsam aufgebauten direkten Steuersystem, das eine Hülfe in der Noth war, machen will. Zu Ihren Erfolgen der Wirtschaftspolitik wollen wir Ihnen Zeit lassen, Sie werden sehr viel brauchen, legen Sie uns aber nicht jetzt

schon ein Bild über die Rechnung von 1879 vor, das mit der Wirtschaftspolitik gar nichts zu thun hat. In einigen Jahren kommen Sie uns mit solchen Berichten, dann wollen wir die Thatfachen prüfen. Herr v. Minnigerode will uns für den Etat von 1879/80 verantwortlich machen, er sagt, er und seine Freunde müßten unsere Erbschaft antreten. Bis jetzt ist das in jedem Lande Brauch gewesen, daß man die Finanzverwaltung nicht einer Partei des Hauses weiter zulegt, sondern daß man sie dem Manne auf den Leib schneidet, der in der That der verantwortliche Führer ist. Wie die Dinge jetzt bei uns in Preußen liegen, ist ja die Kollegialverfassung unseres Ministeriums, ich will nicht sagen aufgehoben, aber einigermaßen erschüttert. Wir haben jetzt schon ein paar Stellvertreter. Inwiefern das preussische Staatsministerium noch heute das feste Fundament seiner Macht hat, weiß ich nicht. Ich habe bei der Vorlage des gegenwärtigen Etats die Empfindung gehabt, als ob auch der jetzige Herr Finanzminister nicht ganz mit dem einverstanden gewesen sein müßte, was er uns jetzt vorgelegt hat. Es schien mir, als wenn der letzte Schlußstein dieser Staats-Vorlegung, namentlich in Bezug auf den Steuererlaß, im Zusammenhang mit einer anderen Politik stände, als diejenige, die der Herr Finanzminister uns bei der Vorlegung des letzten Etats mit den denkwürdigen Worten kennzeichnete: „Es hätte ja in Frage kommen können, einen Steuererlaß zu machen; ich werde dazu meine Hand nicht bieten, als bis zu dem Momente, wo die Einnahmen und Ausgaben des Staates ins Gleiche gestellt sind; ich stehe auf dem Standpunkte der altpreussischen Finanzpolitik.“ (Bewegung.) Meine Herren, ich habe mir gedacht, daß ein Finanzminister, der im vorigen Jahre so sprach, sich kaum dazu verstehen würde, in diesem Jahre, wo sich eigentlich wenig geändert hat, einen Steuererlaß vorzuschlagen. Ich werde auch an den Herrn Finanzminister die Frage richten, warum er so bescheiden in seinen Anforderungen ist. Warum nehmen Sie nicht 60 Millionen Anleihe auf und erlassen die Steuer auf 6 Monate. Den Anforderungen der Bevölkerung würden Sie damit viel mehr Rechnung tragen, wie der Finanzminister ausgesprochen hat. Was will aber eigentlich der Abg. v. Minnigerode von dem Justizetat? Haben Sie etwa und Ihre Freunde die Justizgesetze nicht mitgemacht? Ist etwa der Justizminister Leonhard Mitglied der nationalliberalen oder der Fortschrittspartei gewesen? (Zuruf: Ja wohl!) Ja? Meine Herren, ich habe in der That davon nichts gehört. Also Sie wollen die Verantwortlichkeit nicht tragen; für Ihren obersten Führer Bismarck werden Sie doch aber die Verantwortlichkeit nicht ablehnen können. Hat er diese Gesetze nicht eingebracht? Ich habe die Frage der Justizgesetze nicht in Erwägung ziehen wollen, weil wir darauf noch bei einer anderen Gelegenheit kommen. Der Abg. von Minnigerode sprach von einem ersten und zweiten Akt. Ich will Ihnen sagen, m. H., der erste war der Zolltarif von 1879 mit 130 Millionen neuer Steuern ohne Erlasse, der zweite ist der, den der Finanzminister eingelegt hat, mit 110 Millionen Steuern und dafür sollen wir in Hoffnung 64 Millionen erlassen erhalten, das macht also 240 gegen 64 Millionen im Ganzen. Dieser zweite Akt wird hoffentlich seinen dritten mehr zur Folge haben, darauf können Sie sich verlassen. (Lebhafter Beifall links.)

Finanzminister Bitter: Was an meiner Erwiderung in Beziehung auf spezielle Zahlenangaben vermißt worden ist, wird naturgemäß bei den weiteren Verhandlungen namentlich in der Kommission präcisiert werden. Es ist unmöglich, auf eine Menge unerwartet gegebener Zahlen sofort genau zu antworten. Herr Richter hat gesagt, das kollegiale System in der Staatsverwaltung scheine ihm erschüttert, er glaube, daß der Finanzminister das feste Fundament seiner Macht verloren habe. Das Letzte muß ich mit aller Bestimmtheit als unrichtig bezeichnen. Ich fühle mich in meiner Stellung, und so lange ich die Ehre habe, sie zu bekleiden, vollkommen unabhängig und stehe mit meiner Verantwortlichkeit fest und ohne daß ich in die Lage käme, mich nach irgend einer Seite einer Macht zu beugen, die außerhalb des Staatsministeriums steht. (Aha! Große Geisterstille links.) Ich erinnere daran, daß der Abg. Richter eben gesprochen hat, das Staatsministerium habe seine kollegiale Verfassung verloren. Wenn das der Fall wäre, so würde ich nicht wissen, welche Macht sich gegen das Staatsministerium überhaupt sollte richten können. Wir sind nicht Einzelne, sondern eine kollegiale Behörde, und Alles, was wir thun, thun wir im gegenseitigen Einvernehmen und in gegenseitiger Uebereinstimmung. Wenn irgend ein Staatsminister, ich will nicht sagen der, den der Abg. Richter gemeint hat, glaubt, in Bezug auf die Finanzverhältnisse Forderungen, Wünsche, Ansprüche stellen zu dürfen, so können diese Forderungen, Wünsche, Ansprüche nur in der Weise geltend gemacht werden, daß sie innerhalb des Staatsministeriums ihre vollkommene und freie Erledigung finden. Ein einzelner Minister — und da komme ich auf den Punkt, der den Herren eben zu einer großen Geisterstille Veranlassung gab — und stände er noch so hoch, kann auf einen anderen Minister einen Druck, dem das Staatsministerium gegenüber steht, nicht ausüben. (Zuruf: Oho!) So bitte ich die Sache zu behandeln und nicht anders. Wir sind ein homogenes Ministerium und gehen mit einander nach denselben Zielen. Ich muß auch bestreiten, daß auf mich Einwirkungen geübt seien, die mich veranlassen könnten, eine andere Haltung oder Politik einzuschlagen als diejenige, die ich von vornherein als die meine bezeichnet habe. Der Abg. Richter hat in dieser Beziehung eine Aeußerung angeführt, die ich im vorigen Jahre gethan habe. Diese Aeußerung werde ich wohl — ich habe sie im Augenblick nicht wörtlich vor mir — aufrecht zu erhalten wissen. Er bemerkte, es sei nichts geschehen, was dieser meiner Aeußerung gegenüber eine Aenderung hätte herbeiführen können. Da nenne ich ihm das Gesetz vom 16. Juli über die Verwendungen. Dieses Gesetz steht zwischen jenen Aeußerungen und dem Augenblick. Dieses Gesetz habe ich zu respektiren. Das Weitere wird sich jedoch erst bei der Etatsdebatte ausführen lassen.

Abg. v. Minnigerode: Ich bleibe dabei, daß der Maß nicht richtig gewählt war, um eine so großartige Debatte hervorzurufen. Ich habe meine Verwunderung darüber ausgesprochen, daß der Abg. Richter über den Justizetat so schnell hinweggegangen ist; ich habe ihm keinen Vorwurf deswegen gemacht. Die Partei der Konservativen war damals verschwunden; wir haben nur um des Ganzen willen den Gesetzen zugestimmt. Was meine Stellung in der Zollfrage angeht, so habe ich im Jahre 1874 allerdings gegen die Aufrechterhaltung der Grenzölle gestimmt, weil ich in denselben ein Privilegium erblickte. Nachher hat sich die Konkurrenz namentlich auf dem Gebiete der Landwirthschaft vollständig verschoben und auf Grund dieser veränderten Verhältnisse haben wir unsere wirtschaftliche Politik geändert; wir richten uns da nicht nach einseitigen Theorien, sondern folgen den Erscheinungen des Tages. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Mevter (Breslau): Wir haben diese Diskussion nicht überflüssiger Weise vom Zaune gebrochen, sie war nöthig. Denn der Abschluß des abgelaufenen und die Notizen über das laufende Jahr bilden einen der wichtigsten Faktoren für das Budget des kommenden Jahres und namentlich für die wichtigste in ihm vorgeschlagene Maßregel. Die Motive zu diesem Budget sind ja nicht ausschließlich aus den Verhältnissen des zukünftigen Jahres entnommen, sie beruhen wesentlich auf dem Satz, welchen der Herr Finanzminister bei Einbringung des Etats ausgesprochen hat: die Wendung zum Besseren sei eingetreten. Darin wird man mir wohl von allen Seiten beipflichten, daß, wenn diese Hoffnungen sich nicht erfüllen, sondern wir in dem gegenwärtigen Zustande verharren, die wichtigste Maßregel des Budgets eine verfehlte ist. Das Verwendungsgesetz zwingt nicht zu ihr, es ermöglicht sie; es würde nur dazu zwingen, wenn das Gleichgewicht im Staatshaushalt schon anderweitig sichergestellt wäre. Das ist aber nicht sichergestellt und gerade deshalb glauben wir, daß der Minister trotz des inzwischen erlassenen Verwendungsgesetzes sich wohl an das Diktum vom vergangenen Jahre gebunden fühlen sollte. Sieht der Herr Minister die Wendung zum Besseren bereits thatsächlich nachweisbar oder hofft er sie nur? Seine Aeußerungen darüber schwanken und variiren. Was eine Wendung zum Besseren bedeutet,

darüber sind wir Alle einer Meinung und erkennen die drei Monate erscheinenden Berichte der Handelskammern als authentische Zeugnisse dafür an. Vergeblich wird man in der letzten Nummer des Handelsarchivs, das diese Berichte bringt, nach Zeugnissen für den Eintritt der Wendung zum Besseren suchen. Die Frage, ob die Wendung zum Besseren thatsächlich eingetreten ist, halte ich für eine fundamentale für die ganze Behandlung des Budgets. Es ist die bei Weitem wichtigste, um sich darüber schlüssig zu machen, ob die vorgeschlagene Budgetmaßregel gerechtfertigt ist oder nicht, und Sie werden deshalb die Erörterung der vom Abg. Richter angeregten Details nicht auf eine spätere Zeit verschieben können. Ich möchte noch ein Wort über das Kapitel vom „armen Mann“ sprechen. Wenn wir bei den Getreidezöllen darauf hinweisen, der arme Mann werde hierdurch gedrückt, so macht man uns einen Vorwurf daraus, den armen Mann in die Debatte gezogen zu haben; handelt es sich aber um die wirkliche oder vermeintliche Erleichterung, die ihm durch den Erlaß der Klassensteuer zu Theil wird, dann wird vom Regierungstisch selbst der arme Mann mit großem Nachdruck in's Feld geführt und mit besonderem Nachdruck wird betont, daß die Regierung dazu das volle Recht habe. Ja, wenn das Erlaßt ist, muß doch auch das Andere erlaubt sein. Entweder wir lassen den armen Mann ganz und gar aus dem Spiel, wir verhehlen ihm, in welcher Weise er gedrückt wird, wir rühmen uns nicht damit, in welcher Weise wir ihm zu Hilfe kommen — oder, wenn wir ihn erwähnen (und ich halte das für das Richtige), so müssen wir beide Seiten der Sache ansehen. Dann müssen wir nachweisen: hier wird er um so und so viel Pfennige erleichtert und dort um so und so viel Groschen belastet; aber das Eine ohne das Andere zu thun, ist schlechthin unzulässig, das würde im Widerspruch stehen mit dem Anspruche auf Klarheit, der die Verhandlungen dieses Hauses beleben soll. Dem Abgeordneten v. Minnigerode erwidere ich, daß seine Partei in keiner Weise im Reichstag zu erkennen gegeben hat, daß sie mit der Staatsbehandlung, wie sie im Widerspruch gegen die ursprünglichen Vorschläge des Staatsministers Delbrück beliebt wurde, allerdings unter denselben ausdrücklichen, nachträglichen Zustimmung nicht einverstanden gewesen sei; kein Mitglied seiner Partei hat hervorgehoben, daß das Budget, wie es durch die Bemühungen der liberalen Parteien sich gestaltete, ihm nicht zusage, und ebenso hat kein Mitglied seiner Partei gegen die Justizgesetze gestimmt. Im Gegentheil erachteten Sie es damals im Einklang mit uns für eine patriotische That, die Hindernisse zu beseitigen, die der Einführung entgegenstanden. (Beifall.)

Abg. von Minnigerode: Ich will nur bemerken, daß ich damals im Reichstage eine Stunde gesprochen habe.

Damit schließt die Debatte. Die Uebersicht wird der Rechnungskommission überwiesen.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Erweiterung des Unternehmens der Westholsteinischen Eisenbahngesellschaft durch den künstlichen Erwerb der Eisenbahn von Wessleben nach Heide und die Kontrahierung einer Anleihe von 700,000 M. zu Lasten der genannten Gesellschaft.

Abg. Dr. Hamacher beantragt, die Vorlage an die Justizkommission zu überweisen, um die Frage zu prüfen, ob das Gesetz überhaupt notwendig sei; denn der Beschluß über jenen Ankauf sei mit Zweidrittel Stimmenmehrheit gefaßt und schon in Wirksamkeit getreten. Der Landtag habe sich aber in einem früheren Gesetze die Verwendung der Stimmen für die im Staatsbesitze befindlichen Aktien vorbehalten. Aber auch unter Abrechnung dieser Stimmen bestimme immer noch eine Zweidrittel-Mehrheit.

Die Vorlage geht an die Justizkommission.

Schluß 2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Erste Sitzung des Etats und in Verbindung damit Berathung des Antrages des Abg. Richter.)

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 11. November. [Die Kreisordnung für Posen im Abgeordnetenhaus.] Während der gestrigen und heutigen Erörterung im Abgeordnetenhaus über die Kreisordnung für die Provinz Posen hat sich durchaus bestätigt, was an dieser Stelle kurz nach der Einbringung der drei Kreisordnungs-Entwürfe bemerkt wurde: daß von den drei in Frage stehenden Provinzen Hannover, Schleswig-Holstein und Posen die letztere hinsichtlich der Vertretung der Ansprüche auf eine, der Namen einigermaßen verdienende Selbstverwaltung am übelsten daran ist: die polnischen und konservativen Abgeordneten der Provinz tauschen zum hundertundersten Male die vorher hundertmal dagewesenen nationalen Rekriminationen aus, während von den verschiedenen Modalitäten, unter denen auch für Posen die wesentlichen Einrichtungen der Selbstverwaltung sich herstellen ließen, überaus wenig die Rede war. Der Abg. Günther (Fraustadt) war der einzige, der einigermaßen für die liberale Auffassung eintrat, während die konservativen Herren Gahn und v. Tiedemann fanden, daß der Minister auf's Aeußerste das richtige Maß von Selbstgovernment für Posen getroffen habe. Herrn v. Tiedemann war sogar sein früherer Fraktionsgenosse Dr. Friedenthal — derselbe ist freilich nicht mehr Minister! — zu liberal: er verwarf den Friedenthal'schen Gedanken, wenigstens die Hälfte der Mitglieder des Kreisausschusses wählen zu lassen; die drei gewählten Mitglieder, meinte er, würden sich den ernannten gegenüber zu viel auf ihren Ursprung aus der Wahl des Kreistags zu Gute thun. Abgesehen davon, daß andere, wichtige Organe der Selbstverwaltung — Bezirksrath, Bezirksverwaltungsgericht, Provinzialrath — in allen Provinzen theils aus der Wahl und theils aus der Ernennung hervorgehen, ohne daß jene Folge sich gezeigt hätte, so ist es noch sehr zweifelhaft, ob sie im Kreisausschuß schlechthin schädlich wäre: sie könnte im Gegentheil bewirken, daß der durch gewählte Mitglieder repräsentirte Wille des Kreistags und die nothwendige Rücksicht auf die Nationalitäts-Verhältnisse der Provinz gleichmäßig zur Geltung kämen. Uebrigens wird die Regierung durch ihre Ernennungen wohl nicht gerade Männer, welche sich allzu leicht einschüchtern lassen, in die Kreisausschüsse berufen. Wie dem aber auch sein mag: der Gesamteindruck der Debatte konnte kein anderer sein, als daß vom Standpunkte der Provinz Posen, soweit die deutsche Bevölkerung derselben in Betracht kommt, gegen die Vorlage wenig oder nichts einzuwenden sei — während man ungekehrt nach der ersten Lesung der Vorlage für Hannover und Schleswig-Holstein sich sagte, daß die Regierung das Zustandekommen derselben nur durch Nachgiebigkeit gegen die geltend gemachten Wünsche der Provinz werde erlangen können. Und dabei sind diese beiden Entwürfe doch unvergleichlich liberaler, als der für Posen.

Telegraphische Nachrichten.

Bremen, 10. November. Die heute stattgehabte

Sammlung der Bürgerschaft hat den Antrag, eine berichtende Deputation mit der Formulierung der Bedingungen, welche bei einem Anschluß Bremens an das Reichsgebiet von Seiten des Reichs zu erfüllen sein würden, zu beauftragen, mit 76 gegen 45 Stimmen abgelehnt, und mit 89 gegen 30 Stimmen gegen den Antrag angenommen, in welchem erklärt wird, daß es zur Zeit inopportun sei, die Freihafenstellung Bremens aufzuheben.

Pest, 10. November. Die ungarische Delegation hat das Budget für die Marine mit einem geringen Abstrich genehmigt.

Agram, 10. November. Der durch das gestrige Erdbeben angerichtete Schaden wird, abgesehen von den unberechenbaren Zerstörungen in den Kirchen, auf 3 Millionen Gulden geschätzt, namentlich ist die Domkirche arg beschädigt worden. Im Laufe der vergangenen Nacht und heute früh wurden abermals einige schwache Erdstöße bemerkt. Von dem Lande gehen ebenfalls Verichte über dort durch das Erdbeben angerichteten Schaden ein. Der Kaiser hat für die Beschädigten 10,000 Gulden gespendet.

Paris, 11. November. [Deputirtenkammer.] Die Legation (Linke) das Wort ergriffen hatte, um die von der Linken eingebrachte Interpellation zu begründen, erschien der legitime Deputirte Baudry d'Asson, über welchen am Dienstag der zeitweilige Ausschluß von den Sitzungen der Kammer verhängt war, auf seinem Plaze. Der Präsident forderte denselben auf, den Saal zu verlassen; Baudry d'Asson verweigerte dies. Der Präsident ordnete darauf die Räumung des Saales an und ließ die Wache holen, um Baudry d'Asson zu entfernen. Die Sitzung wurde in Folge dessen suspendirt. Die Tribünen wurden geräumt und die Majorität der Deputirten verließ den Sitzungssaal, während ein Theil der Rechten, unter denselben Baudry d'Asson, auf ihren Sitzen verblieb. Da die Letzgenannten den Sitzungssaal nicht verlassen wollten, so erhielt der Oberst Rivet den Befehl, dieselben zu entfernen. Eine Abtheilung Soldaten unter Führung des Obersten erschien darauf im Saale. Die Mitglieder der Rechten hatten sich um Baudry d'Asson aufgestellt, so daß dieselben von den Soldaten erst bei Seite gedrängt werden mußten. Baudry d'Asson, der sich thätlich zur Wehr setzte, wurde darauf, umgeben von 15 Soldaten, aus dem Saal geführt und im Arrestlokal der Kammer untergebracht. Die Sitzung wurde alsdann wieder aufgenommen.

Paris, 11. Novbr. [Deputirtenkammer.] Der Ministerpräsident Ferry verwies in Beantwortung der Interpellation Legrand auf die ministerielle Erklärung vom 9. d. und erklärte, daß das Ministerium fest entschlossen sei, allen Gesetzesverletzungen mit Entschiedenheit entgegenzutreten, gleichviel, ob dieselben von der Clerikalen, legitimistischen oder revolutionären Partei ausgehe. Clémenceau (Republikaner) machte dem Kabinett den Vorwurf, daß es zu nachsichtig sei und nicht die Nothwendigkeit, den faktischen Richterstand schnell zu reformiren, einsehe. Reller (Rechte) griff das Kabinett wegen der Ausführung der Märzdekrete an, welche eine Verletzung der Freiheit seien.

Im Senate soll die Interpellation Buffet über die Politik der Regierung und die Ausführung der Märzdekrete am nächsten Montag zur Berathung kommen.

Paris, 11. November. Die Linke der Deputirtenkammer hat beschlossen, daß die in der heutigen Sitzung einzubringende Interpellation nur bezwecken soll, Explikationen über die ministerielle Erklärung herbeizuführen. Die Linke wird folgende Tagesordnung einbringen: Die Deputirtenkammer geht, indem sie die Akte der Regierung billigt und Vertrauen in die Erklärung derselben setzt, zur Tagesordnung über. Alle Mitglieder der Bureaus der Linken haben die Tagesordnung unterzeichnet, welche auch die Majorität des Ministeriums acceptirt hat. Die „Union républicaine“ hat keinen Redner bezeichnet, sondern überläßt es den einzelnen Mitgliedern der Gruppe, im eigenen Namen aufzutreten.

Paris, 11. November. In parlamentarischen Kreisen wird die Ministerkrise als beigelegt betrachtet; man erwartet, daß die Kammer heute dem Ministerium ein Vertrauensvotum ertheilen und das Ministerium sich bereit erklären wird, die von der Kammer aufgestellte Reihenfolge der Berathung anzunehmen.

London, 11. Novbr. Die gestrige Sitzung des Kabinetts dauerte nahezu vier Stunden. In derselben wurde, wie die „Times“ erzählt, die Frage diskutiert, ob im Hinblick auf das antichristliche Umfassen der Agrarbewegung in Irland nicht eine Vergrößerung der Gewalten der Exekutive geboten sei.

Konstantinopel, 11. November. Heute Mittag ist ein Kriegsgericht eingesetzt worden, um die drei Offiziere abzuurtheilen, die im Zustande der Trunkenheit den deutschen Botschafter, Grafen von Hatzfeld, nicht erkannt und denselben in seinem Wagen belästigt hatten. Ein Adjutant des Sultans erschien bei dem deutschen Botschafter, um demselben das Bedauern des Sultans auszusprechen.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Gewinnliste der 2. Klasse 163. kgl. preuß. Klassen-Lotterie. (Nur die Gewinne über 90 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.) (Ohne Gewähr.)

Berlin, 11. Novbr. Bei der heute beendigten Ziehung sind folgende Gewinne gezogen worden:

82	305	446	595	602	7	(150)	722	1078	116	(150)	348	70		
415	48	97	502	26	632	36	57	727	958.	2109	227	436	75	81
689	91	92	93	918.	3039	178	200	312	38	55	526	43	53	(1800)
937	45	49.	4163	66	(120)	220	29	37	387	454	80	84	740	913
43.	5017	140	(120)	49	(150)	261	304	11	460	66	(150)	654	(150)	713
904	(180)	10	71.	7053	111	202	359	60	642	(120)	58	72	702	859
859.	8044	194	374	517	53	(120).	9132	327	425	45	502	602	725	837
911	(120)	33	40.	10089	372	832	(120).	11039	146	240	334	80	95	472
738	(120)	834	91.	12097	293	369	414	572	(120)	650	769.			

13068	115	306	64	476	565	(120)	738.	14051	219	24	56	(240)			
371	550	(120)	742	(120)	823	905	(120)	68.	15187	233	(150)				
51	61	66	(120)	308	64	525	71	623	709	46	857	971.	16040		
54	111	15	300	408	(120)	513	19	79	790	881	940.	17209	45		
(180)	367	450	86	708	48	811	29	83	(120)	950	55.	18100	32		
263	332	467	577	608	752	813	(120)	23	25	85.	19035	55	223		
331	51	419	558	62	609	701	(120)	317	30	76	(240).				
20240	373	411	599	643	745	809	62.	21094	167	260					
302	60	417	560	72	674	75	835.	22219	394	438	96	504	665		
71	844.	23066	115	246	96	411	667	(120)	950	79.	24149				
50	(120)	305	71	420	579	(120)	627	820	50	66	179.	25008			
65	164	90	95	271	499	501	23	65	607	701	25	853	65	71	75
953	88.	26061	304	431	45	523	658	740	(150)	824	74.	27463			
578	68	620	72	773	945.	28122	61	236	(180)	50	(150)	497			
512	689	882	998.	29077	333	92	459	510	18	744	880	965.			
30057	69	309	84	93	(120)	671	701	(120).	31015	18	21	49			
131	395	477	79	502	64	(120)	704	(120)	80	806	20	44	50	72.	
32033	38	41	120	88	96	495	(120)	524.	33015	74	177	272			
(300)	344	441	578	635	875	93	907.	34086	299	355	416				
756	851	(120).	35210	355	75	97	418	664	712	(120)	69	885			
939	44	73	(120)	74	85.	36119	399	736	99	(150)	805	(150).			
37251	353	524	707	94	902.	38072	76	139	54	(120)	201	302			
49	71	572	672	78	704	94	938.	39020	199	220	25	338	483		
500	21	90	788	810	960.										

40081	115	225	28	49	(120)	304	64	560	711	76	801	54.	41172		
99	371	(120)	504.	42095	158	(120)	337	(120)	56	70	97	412	66	82	
503	51	66	86	611	46	(120)	91	835	985.	43038	(150)	53	87	106	
344	72	411	508	33	73	694	751	920.	44475	(120)	78	545	59	624	
32	861	916.	45102	222	55	314	35	467	548	612	78	711	81	(120)	
827	39	941	54	(120)	72.	46030	36	139	232	54	65	75	305	415	25
527	863	78	91	971	95.	47000	4	(120)	97	171	395	497	743	949.	
48005	(120)	35	49	101	16	87	209	369	417	539	636	38	42	72	
770	(150).	49174	87	238	40	352	(120)	473	99	539	49	702	884	909	91

50067	73	224	485	589	772	867.	51187	208	46	65	308				
77	480	675	83	88	726	953	87.	52080	89	145	(120)	79	94		
320	541	871	976	(120).	53093	353	64	426	500	(120)	605	6			
15	48	862	64	929.	54261	389	(150)	522	30	607	48	63.			
55023	71	78	106	60	243	367	68	449	544	47	621	(240)	23		
773	821	55	(150)	56599	629	87.	57066	148	305	57	76	488			
96	811	997.	58212	398	99	633	62	85	711	85	826	29	953.		
59235	91	340	59	430	40	517	48	716	99	816	967.				
60036	253	92	447	562	633	835.	61175	202	307	30	61				
62	707	43	58	815	(120)	954	68.	62048	71	89	140	299	(150)		
306	465	69	517	45	679	921	(120)	93.	63061	166	71	248	509		
21	38	67	741	879	970	(120).	64062	(120)	85	276	592	626			
42	54	764	72	923	73	99.	65184	248	84	410	505	617	712		
(120)	80	(120).	66158	210	377	437	(120)	72	599	677	775				
808	85	922.	67031	130	213	75	710	882	910	55	86.	68098			
302	502	625	(120)	62	86	702	57	918	77	87.	69076	79	(120)		
90	106	214	36	379	431	614	702	17	951	60	(150)	73.			

70101	20	(120)	44	54	117	76	84	452	53	90	(120)	504	35	78	609	32
786	836	952.	72010	90	146	211	21	436	47	507	786	87	872	922.		
73026	181	366	402	51	510	51	(120)	888	944.	74110	273	398				
659	714.	75043	78	121	28	636	843	56.	76116	28	295	437	81			
543	666	806	86.	77029	329	95	499	(120)	538	836	46	76	83	939		
49.	78060	201	36	582	605	740	71	801	52.	79010	51	175	284			
547	643	48	58	720	65	826	91	968.								
80021	286	433	(120)	748	893.	81003	43	184	(120)	213						
348	(120)	76	527	(180)	91	633	46	90	96	856	(120)	983.	82048			
165	88	325	57	70	(120)	516	31	68	691	709	30	861.	83032			
102	96	217	54	(120)	91	(150)	727	92	830	(240)	57.	84144	(120)			
304	477	518	735	(120)	44	81	884	903	8	56.	85084	256	447			
601	740	85	629.	86068	93	319	(120)	72	459	668	754	78	855			
959	(120)	63	77	(150).	87025	(120)	74	136	56	(120)	96	373	453			
69	597	731	69	801	926.	88143	256	362	579	(120)	81	99				
633	785.	89325	(120)	641	93	704	9	867.								

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im November 1880.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm 82 m Seeshöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cel. Grad.
11. Nachm. 2	759,8	SW schwach	bedeckt ¹⁾	+ 1,0
11. Abnds. 10	760,6	SW schwach	trübe	+ 1,0
12. Morgs. 6	758,8	SW schwach	trübe	+ 1,1
¹⁾ Regenhöhe 0,5 mm.				
Am 11. Wärme-Maximum + 4°,3 Cel.				
= Wärme-Minimum + 0°,2 =				

Wetterbericht vom 11. November, 8 Uhr Morgens

Ort.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeresniv. red. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cel. Grad.
Mullaghmore	759	SW	5 bedeckt	10
Aberdeen	754	SW	1 bedeckt	7
Christiansund	756	SW	4 bedeckt	1
Kopenhagen	764	SW	1 bedeckt	2
Stockholm	758	SW	4 bedeckt	0
Saparanda	749	SW	2 bedeckt	—6
Petersburg	759	SW	3 bedeckt	—8
Moskau	761	SW	1 wolfig	—6
Sort Queenst.	763	W	3 wolfig ¹⁾	10
Brest	767	W	3 bedeckt	12
Helber	764	SW	1 bedeckt	8
Sylt	764	W	2 wolfig	2
Hamburg	766	W	1 bedeckt ²⁾	2
Swinemünde	765	SW	1 bedeckt	1
Neufahrwasser	765	SW	1 heiter ³⁾	—3
Memel	764	SW	2 wolkenlos	—6
Paris	769	W	2 bedeckt	6
Münster	767	SW	2 bedeckt ⁴⁾	5
Karlsruhe	769	SW	2 bedeckt ⁵⁾	5
Wiesbaden	769	SW	1 bedeckt ⁶⁾	4
München	769	W	1 bedeckt	0
Leipzig	768	SW	1 bedeckt ⁷⁾	5
Berlin	766	SW	2 bedeckt ⁸⁾	4
Wien	768	W	3 heiter	6
Breslau	766	SW	4 bedeckt ⁹⁾	4
Gle d'Alg	769	SW	2 wolfig	6
Nizza	766	W	4 bedeckt	13
Triest	768	SW	1 wolkenlos	10

Produkten-Märkte.

Berlin, 11. November. Wind: NW. Wetter: Veränderlich.
Weizen per 1000 Kilo loco 185-186 M. nach Qualität ge-
fordert, f. weißer Uferm. - M. ab Bahn bez., gelber 210-219 M.
ab Bahn bez., weißer. Poln. - M. ab Bahn bezahlt, per November
214½ bez., per Nov.-Dez. 214½ bez., per Dez.-Januar - bez., per
April-Mai 219-218 bez., Mai-Juni 220-219 bezahlt. Gefündigt
- 3tr. Regulirungspreis - M. - Roggen per 1000 Kilo loco
216-222 M. nach Qualität gefordert, russischer - ab Bahn bez., in-
ländischer 217-220 M. ab Bahn bez., feiner - M. ab Bahn bez.,
defekt m. st. Ausw. - M. ab Bahn bez., per November 218½ bis
217-217½ bez., per November-Dezember 215½-214½ bez., per
Dezember-Januar 214½-213½ bez., per Jan.-Febr. - bez., per
April-Mai 210½-209½-209 bez., Mai-Juni 207-205½-206 bez.
Gefündigt 4000 3tr. Regulirungspreis 217 M. bez. - Gerste per
1000 Kilo loco 145-200 nach Qualität gefordert. - Hafer per
1000 Kilo loco 150-170 nach Qualität gefordert, russischer 153-158
bez., oft und westpreussischer 153-160 bez., pommerischer und me-
delburgischer 158 bis 160 bez., schlesischer 155-159 bez., böhmischer
155-159 bez., per November 154½ M. bez., per November-Dezember
154 M. bezahlt, per April-Mai 157½-156½-157 bez. Gefündigt
100 3tr. Regulirungspreis 154½ bezahlt. - Erbsen per 1000 Kilo
Rothe 200-215 M., Futtermaare 185-196 M. - Mais per
1000 Kilo loco 144-147 n. nach Qualität gef., per April-Mai 141½
M. bez., per November 143 M., per Dezember 144 M., per Januar
145½ M. bez., rumänischer - ab Bahn bez., amerikanischer - ab B.
bez. Gefündigt 3000 3tr. 143 M. - Weizenmehl per 100 Kilo

brutto 00: 31,50 bis 30,00 M., 0: 30,00-29,00 M., 0/1: 29,00
bis 28,00 M. - Roggenmehl inkl. Sack 0: 30,50 bis 29,00
M., 0/1: 29,00 bis 28,00 M., per November 29,10 bez., per No-
vember-Dezember 29,10 bez., per Dezember-Januar 29,25 bez., per
Januar-Februar - bez., per Februar-März - bez., per März-April
29,50-29,40 bez., Mai-Juni - bezahlt. Gefündigt 2500
3tr. Regulirungspreis 29,10 M. - Delikat per 1000 Kilo Win-
tertraps - M. - Wintertraps - M. - Kübbel per 100 Kilo loco ohne
Fas 54,5 M., Kübbel - M., mit Fas 54,8 M., November 55,0 bez.,
per Nov.-Dez. 55,0 bez., per Dez.-Januar 55,0 bez., per Januar-Fe-
bruar 55,5 bez., per Februar-März - bez., per April-Mai 57,1-57,0
-57,1 bez., Mai-Juni - bez. Gefündigt 3000 3tr. Regulirungspreis
55,0 M. - Leinöl per 100 Kilo loco 67,0 M. - Petroleum
per 100 Kilo loco 31,0 M., November 30,5 M. bez., per November-
Dezember 30,3 bez., per Dezember-Januar 30,5 bez., per Januar-
bez., per Januar-Februar - bez., per Februar-März - bez., per
April-Mai - bez. Gefündigt. - 3tr. Regulirungspreis - M. -
Spiritus, per 100 Liter loco ohne Fas 58,1 bez., per November
57,6-57,8 bez., per November-Dezember 57,0-57,2 bez., per De-
zember-Januar - bez., per Januar-Februar - bez., Februar-März
- bez., per April-Mai 58,4-58,2-58,4 bez., per Mai-Juni 58,6
-58,5-58,6 bez. Gefündigt - Liter. Regulirungspreis - M. bez.
(Berl. Börz.-Ztg.)

Bromberg, 11. November 1880. [Bericht der Handelskammer.]
Weizen: fester, hochbunt und glatt 200-220 Mark, abfall.
Qualität 165-190 Mark - Roggen: fest, loco inländisch 202 -
26 M., polnischer 175-190 Mark. - Gerste: nominell, Franz-

waare 160-170 M., große 150-160 Mark, kleine 135-145 M.
Hafer: loco 140-150 Mark. - Erbsen: Rothe 185-190 M.
M. Futtermaare 175-185 Mark - Mais: Rüben: 185-190 M.
ohne Handel. - Spiritus: besser, pro 100 Liter a 100 M.
55,50-56 M. - Rubelcoure: 204 M.
Breslau, 11. November. (Antlicher Produkten-Börsen-Bericht.)
Kleeaat: rothe, Alt, ordinär 20-25, mittel 30-35, fein 35-40, hoch-
42-44, weiße, behauptet, ordinär 30-40, mittel 41-55, fein 55-60
hochfein 70-75. - Roggen: (per 2000 Stb.) ruhig. Gefünd.
Abgelaufene Rindungsscheine per Nov. 217,50 Br., per November-
Dez. 212 bez., per Dez.-Januar 208 bez., per April-Mai 208,50 bez.,
Br. Mai-Juni - Br. - Weizen: Gef. - Centner, per November
213 Gd., per November-Dezember 213 Gd., per April-Mai 218 Gd.
- Petroleum per 100 Kilogramm loco und per November 36, -
35,50 Gd. - Hafer: Gefündigt 500 Centner, per Nov. 148 Gd.,
per November-Dezember 148 Gd., per April-Mai 151 bez. - Rap-
Gefündigt - 3tr. per November 243 Br., 240 Gd., per Novem-
ber - Kübbel: fester. Gefündigt - Centr., loco 55,00 Br.,
per Nov. 53,50 Br. per November-Dez. 53,50 Br., per Dez.-Jan.
Br., per April-Mai 56 bez. u. Br., per Mai-Juni 56,75 Br. - Spiritus
wenig verändert, Gef. 10,000 Liter, per November 55,80 bez. u. Gd.,
per Nov.-Dezember 55,80 bez. u. Gd., per April-Mai 57,50 Gd.
Sink ohne Umfaj. Die Börsen-Commission.

Berlin, 11. Novbr. Der Verlauf des gestrigen Geschäfts hatte
gezeigt, daß das Vertrauen, mit welchem neuerdings die Börse der
weiteren Entwicklung der Verhältnisse entgegen gesehen, von den Vor-
gängen in Paris stark beeinflusst und der Verlauf, den der heutige Ver-
kehr nahm, bestätigte dies vollkommen. Hatten die pariser Nachrichten
gestern zur Vorsicht gemahnt, so war heute dieser Grund hinfällig,
weil einerseits die Coursdepeichen aus Paris von gestern erkennen ließen,
daß die dortige Börse den politischen Vorkommnissen nur eine geringe Bedeu-
tung beilegte und weil andererseits eine Depeche von heute meldete,
daß auch in pariser parlamentarischen Kreisen die Ministerkrisis als
beigelegt betrachtet wird. Bei Beginn der heutigen Börse herrschte
eine recht feste Tendenz und die Annahme schien durchaus berechtigt,

daß der geschäftliche Verkehr einen lebhaften Aufschwung nehmen würde,
zumal auch von der Wiener Vorbörse feste Course gemeldet waren. Der
tatsächliche Verlauf entsprach nun aber nicht ganz dieser Voraus-
setzung. Die Beteiligung am Verkehr blieb eine äußerst geringe und
in Folge dessen gewann die allgemeine Physiognomie eine immerhin
bemerkenswerthe Abschwächung. Die internationalen Speculations-
papiere setzten mit nicht ganz unbedeutenden Courseerhöhungen ein.
Inländische Eisenbahnaktien hielten sich ziemlich unverändert auf gestri-
gen Stande. Anfangs waren die Umsätze auf diesem Gebiete lebhaft,
doch bald schränkte sich der Verkehr auch hier auf seine Minimalgren-
zen ein. Unter diesem Einflusse mußten auch die Notierungen etwas
nachgeben. Von Prioritäten waren die 4½ prozentigen Devisen begehrt-

ter und zeichneten sich in dieser Hinsicht namentlich Bergische, Hambur-
ger, Köln-Mindener, Gölitzer und Freiburger aus. Bananien bethe-
ligten sich wenig am Verkehr und ebenso fanden auch Industriepapiere
nur geringe Beachtung. Montanwerthe zeigten eine etwas festere Phy-
siognomie. Preussische und andere deutsche Staatspapiere waren fest
aber fast ganz geschäftlos. Hessisch-rheinisches Bergwerk bei lebhaftem
Geschäft 1 Prozent höher. - Per ultimo notiren: Franzosen 478½
-9,50-9, Lombarden 153,50-2,50, Kredit-Aktien 483,50-90-80
Darmstädter Bank 152,40-2,25, Diskonto-Kommandit-Antheile 177½
-7,25-7, Deutsche Bank 147,40-146,90-7,20, Dortmunder Union
83,25-3,90-82, Laurahütte 117-116. Der Schluß war etw-
schwächer.

Fonds- u. Aktien-Märkte.

Berlin, den 11. November 1880.
Preussische Fonds- und Geld-
Cours.

Consol. Anleihe	4½	104,75 Bz
do. neue 1876	4	100,00 Bz
Staats-Anleihe	4	99,90 Bz
Staats-Schuldz.	3½	98,50 Bz
Ob.-Deichb.-Obl.	4½	103,70 Bz
Berl. Stadt-Obl.	4½	94,50 Bz
do. do.	4½	94,50 Bz
Schldo. d. B. Rfm.	4½	
Pfandbriefe:		
Berliner	5	107,40 Bz
do.	4½	102,90 Bz
Landfch. Central	4½	99,25 Bz
Rur- u. Neumark.	3½	94,00 G
do. neue	3½	91,00 G
do. do.	4	94,20 Bz G
do. neue	4½	
N. Brandbg. Kred.	3½	89,10 G
Ostpreussische	4½	98,75 Bz
do.	4½	100,60 G
do.	4½	89,10 Bz
Pommersche	4½	99,00 Bz B
do.	4½	102,30 Bz
do.	4½	99,25 Bz
Sächsische, neue	4	98,75 Bz
Sächsische altf.	3½	91,40 G
do. alte A.	4½	
do. neue I.	4	89,90 Bz G
Westpr. ritterfch.	3½	98,90 Bz G
do.	4½	
do. II. Serie	5	
do. neue	4½	102,50 Bz
Rentenbriefe:		
Rur- u. Neumark.	4	99,70 Bz
Pommersche	4	99,50 Bz
Possensche	4	99,50 Bz
Preussische	4	100,00 Bz
Rhein- u. Westf.	4	100,00 G
Sächsische	4	100,00 Bz
Schlesische	4	

Romm. G. B. 1.120	5	105,40 G
do. II. IV. 110	5	101,60 Bz
Romm. III. rz. 100	5	99,40 Bz G
R. B. G. B. rz. 100	5	107,00 Bz G
do. do. 100	5	102,00 G
do. do. 115	4½	103,25 Bz G
R. G. B. B. rz. 100	4½	102,70 Bz
do. unfr. rz. 110	5	
do. (1872 u. 74)	4½	
do. (1872 u. 73)	5	
do. (1874)	4½	
R. G. B. B. rz. 120	4½	104,00 Bz
do. do. 110	5	104,75 Bz
Schlef. Bod.-Cred.	5	103,60 G
do. do.	4½	103,60 G
Stettiner Nat.-Hyp.	4½	101,00 Bz
do. do.	4½	100,50 Bz G
Kruppsche Obligat.	5	107,70 Bz G

Ausländische Fonds.

Amerik. rz. 1881	6	
do. do. 1885	6	
do. Bds. (fund.)	5	100,10 G
Norweger Anleihe	4½	
Newport Stb.-Anl.	6	123,40 Bz
Defferr. Goldrente	4	75,10 Bz
do. Pap.-Rente	4½	62,30 Bz
do. Silber-Rente	4½	62,90 Bz
do. 250 fl. 1854	4	
do. Gr. 100 fl. 1858	6	327,75 Bz
do. Loti.-A. v. 1860	5	121,75 Bz
do. do. v. 1864	6	310,00 G
Ungar. Goldrente	6	92,70 Bz B
do. St.-Gib.-Akt.	5	88,40 Bz B
do. Loose	6	213,50 G
do. Schaffh. I.	6	
do. do. kleine	6	
do. do. II.	6	
Stalienenche Rente	5	86,30 Bz B
do. Tab.-Oblig.	6	
Rumänier	8	
Russische Loose	4	49,00 Bz
Russ. Centr.-Bod.	5	77,10 Bz
do. Engl. A. 1822	5	87,50 Bz
do. do. A. v. 1862	5	
Russ. fund. A. 1870	5	88,90 Bz
Russ. conf. A. 1871	5	89,00 Bz
do. do. 1872	5	89,00 Bz
do. do. 1873	5	
do. do. 1877	5	91,75 Bz
do. do. 1880	4	71,10 Bz
do. Bod.-Credit	5	80,50 Bz
do. Pr.-A. v. 1864	5	139,90 Bz
do. do. v. 1866	5	126,90 Bz
do. 5. A. Schiegl.	5	
do. 6. do.	5	85,60 G
do. Pol. Sch.-Obl.	4	
do. do. kleine	4	
Poln. Pöbr. III. G. 5	6	62,40 Bz G
do. do.	4	
do. Liquidat.	4	54,50 Bz
Litt. Anl. v. 1865	5	10,50 Bz
do. do. v. 1869	6	
do. Loose vollgez.	3	24,75 G

*) Wechsel-Cours.

Amsterd. 100 fl. 8 Z.	168,30 Bz
do. 100 fl. 2 Z.	167,60 Bz
London 1 Lfr. 8 Z.	20,36 Bz
do. do. 3 M.	20,25 Bz
Paris 100 Fr. 8 Z.	80,50 Bz
Hlg. Bsp. 100 Fr. 8 Z.	
do. do. 100 Fr. 2 Z.	
Wien 100 Mkr. 8 Z.	172,50 Bz
do. do. 100 Mkr. 2 Z.	171,55 Bz
Petersb. 100 R. 3 M.	204,75 Bz
do. 100 R. 3 M.	202,00 Bz
Warschau 100 R. 8 Z.	204,75 Bz

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für
Wechsel, für Lombard 5 pSt., Bank-
diskonto in Amsterdam 3. Bremen -
St. Petersburg 3. Frankfurt a. M. 4½. Ham-
burg - Leipzig - London 2 pSt., Wars-
chau 3 pSt., Petersburg 3, Wien 4 pSt.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Badische Bank	4	107,25 G
Bf. Rheinl. u. Westf.	4	38,50 Bz
Bf. Spirit. u. Br.-A.	4	48,75 Bz G
Berl. Handels-Ges.	4	101,00 Bz G
do. Kassen-Berein	4	172,00 G
Breslauer Disk.-Bf.	4	96,20 G
Centralb. f. B.	4	5,75 Bz G
Centralb. f. S. u. G.	4	
Goeburger Credit-B.	4	89,00 Bz
Göln. Wechselbank	4	95,75 Bz
Danziger Privatb.	4	112,00 G
Darmstädter Bank	4	162,00 Bz G
do. Jettelbank	4	106,60 G
Deffauer Creditb.	4	82,50 G
do. Landesbank	4	117,50 Bz
Deutsche Bank	4	147,00 Bz G
do. Genossensch.	4	115,50 Bz G
do. Hyp.-Bank	4	92,50 G
do. Reichsbank	4½	146,60 Bz
Disconto-Comm.	4	176,90 Bz
Gerar. Bank	4	89,00 Bz
do. Handelsb.	4	57,25 Bz G
Gothaer Privatb.	4	102,50 G
do. Grumbrechtb.	4	91,00 Bz
Hypothek. (Güßner)	4	104,50 G
Königsb. Vereinsb.	4	149,00 Bz B
Leipziger Creditb.	4	103,60 Bz G
do. Discontob.	4	112,50 Bz
Magdeb. Privatb.	4	65,00 G
Meiss. Bodencr.	4	79,75 Bz B
do. Hypoth.-B.	4	94,25 Bz
Meining. Creditb.	4	90,50 Bz
do. Hypothek.-B.	4	99,00 G
Niederlausitzer Bank	4	167,25 Bz
Norddeutsche Bank	4	44,60 Bz G
Nord. Grundcredit	4	
Defferr. Kredit	4	93,75 Bz G
Petersb. Intern. Bf.	4	72,00 G
Possens. Landwirtsch.	4	116,50 G
Possener Pross.-Bank	4	51,75 Bz
Possener Spirituallien	4½	
Preuss. Bank-Anth.	4½	
do. Bodencredit	4	93,90 Bz G
do. Centralb.	4	130,00 Bz
do. Centralsp.	4	98,00 Bz
do. Hyp.-Spielb.	4	81,00 Bz G
Produkt.-Handelsb.	4	119,75 G
Sächsische Bank	4	92,10 G
Schaffh. Bankverein	4	108,40 Bz
Südd. Bodencredit	4	132,75 G

Industrie-Aktien.

Brauerei Pilsenerhof	4	163,50 Bz
Dannenh. Rattum	4	
Deutsche Bauges.	4	64,60 Bz
Dtsch. Eisen-Bau	4	4,75 Bz
Dtsch. Stahl- u. Eis.	4	
Dortmunder Union	4	61,25 Bz G
Dortmunder Union	4	11,90 Bz
Egels. Maj.-Akt.	4	25,25 Bz G
Erdmannsd. Spinn.	4	31,00 G
Flora f. Charlottenb.	4	
Gräf. u. Hofm. Mdb.	4	57,00 Bz G
Gelsenfch. Bergw.	4	125,75 Bz
Georg-Marienbütte	4	91,25 Bz B
Gibernia u. Scharr.	4	99,50 Bz G
Immobilien (Berl.)	4	80,00 Bz
Kamsta. Leinen-F.	4	94,50 G
Laurahütte	4	35,50 Bz B
Laurahütte	4	116,70 Bz B
Lünef. Tiefb.-Bergw.	4	63,00 Bz
Magdeburg. Bergw.	4	126,00 Bz G
Marienhüt. Bergw.	4	71,90 Bz B
Menden u. Schw. B.	4	73,00 G
Oberchl. Eis.-Bed.	4	48,50 Bz G
Ostend	4	
Phönix B.-A. Lit. A	4	88,25 Bz G
Phönix B.-A. Lit. B	4	49,00 Bz
Reichenb. conf.	4	105,50 Bz
Rhein-Masf. Bergw.	4	79,25 Bz G
Rhein-Westf. Ind.	4	
Stobwasser Lampen	4	23,50 G
Unter den Linden	4	6,00 G
Wobler. Maschinen	4	68,75 Bz

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastricht	4	29,10 Bz G
Altona-Kiel	4	157,25 Bz G
Bergisch-Märkische	4	116,75 Bz
Berlin-Anhalt	4	122,10 Bz G
Berlin-Dresden	4	18,90 Bz
Berlin-Görlitz	4	20,25 Bz
Berlin-Hamburg	4	233,10 G
Bresl.-Schm.-Hrbg	4	111,20 Bz G
Hall.-Sorau-Guben	4	21,25 Bz G
Märkisch-Posen	4	27,70 Bz G
Magdeburg-Leipzig	4	
do. do. Lit. B.	4	
Nordhausen-Erfurt	4	28,20 Bz G
Oberchl. Lit. A. u. C.	3½	203,10 Bz
do. Lit. B.	3½	166,90 Bz
Ostpreuss. Südbahn	4	44,00 Bz
Rechte Oderferb.	4	152,90 Bz
Rhein-Nahabahn	4	20,70 Bz
Stargard-Posen	4½	102,40 Bz G
Thüringische	4	176,50 Bz
do. Lit. B. u. St. gar.	4	99,10 Bz
do. Lit. C. u. St. gar.	4½	104,10 Bz
Rudwigsh.-Berbach	4	202,00 Bz
Wainz-Ludwigsh.	4	97,00 Bz B
Weimar-Geraer	4½	49,60 Bz

Eisenbahn-Stammprioritäten.

Berlin-Dresden	5	52,80 Bz G
Berlin-Görlitzer	5	81,80 Bz G
Halle-Sorau-Gub.	5	96,90 G
Märkisch-Posen	5	102,00 Bz
Marienh.-Wlamta	5	87,25 Bz G
Münster-Entschede	5	18,00 Bz B
Nordhausen-Erfurt	5	94,25 G
Oberlausitzer	5	48,00 Bz G
Oels-Gnefen	5	38,25 Bz G
Ostpreuss. Südbahn	5	92,75 Bz
Possens-Grumbg.	5	71,00 Bz G
Rechte Oderf. Bahn	5	150,20 Bz G
Rumänische	5	
Saalbahn	5	
Saalf.-Unstrutbahn	5	
Stettin-Insterburg	5	
Weimar-Geraer	5	34,90 Bz

Staatsbahn-Aktien.

Berl.-Potsd.-Magd.	4	99,60 Bz
Berlin-Stettin	4	115,00 Bz G
Göln-Minden	4	147,30 Bz B
Magd.-Halberstadt	4	147,25 Bz G
Magd.-Halt. B. abg.	3½	87,75 Bz G
do. B. abg.	3½	88,20 Bz G
do. C. do. abg.	5	122,40 Bz G

Künster-Hamm

Niederchl.-Märk.	4	99,25 G
Rhein. St. A. abg.	6½	158,90 Bz
do. neue 40 proc.	5	152,60 Bz G
do. Lit. B. gar.	4	99,90 Bz

Eisenbahn-Prioritäten-Obligationen.

Obligationen.		
Aach.-Mastricht	4½	
do. do. II.	5	101,25 G
do. do. III.	5	100,70 G
Berg.-Märkische I.	4½	102,25 B
do. II.	4½	102,25 B
do. III. v. St. g.	3½	90,80 G
do. do. Litt. B.	3½	90,80 G
do. do. Litt. C.	3½	88,50 b ₃ G
do. do. IV.	4½	102,00 G
do. do. V.	4½	102,20 B
do. do. VI.	4½	103,50 B
do. do. VII.	4½	102,40 b ₃ B
Aachen-Düsseldorf I.	4	98,80 B
do. do. II.	4	98,80 B
do. do. III.	4½	
do. Düss.-Elberf.	4	
do. do. II.	4½	
do. Dortmund-Soest I.	4	
do. do. II.	4½	
do. Nordb. Fr. B.	5	102,00 G
do. Ruhr-Ex.-R.	4½	
do. do. II.	4	98,50 G
do. do. III.	4½	101,50 B
Berlin-Anhalt I.	4½	102,60 b ₃
do. do. II.	4½	102,60 b ₃
do. do. Litt. B.	4½	102,60 b ₃
Berlin-Berlin I.	4½	102,25 G
do. do. Litt. B.	4½	101,10 B
Berlin-Hamburg I.	4	99,10 B
do. do. do. II.	4½	102,50 b ₃
do. do. do. III.	5	
Berl.-Potsd.-H.A.B. I.	4	99,50 G
do. do. C.	4	99,50 G
do. do. D.	4½	102,80 b ₃ G
do. do. E.	4½	101,50 B
Berlin-Stettin I.	4½	
do. do. II.	4	99,40 b ₃
do. do. III.	4	99,40 b ₃
do. IV. v. St. g.	4½	99,40 b ₃
do. VI. do.	4	
do. VII.	4½	
Bresl.-Schw.-Freib. I.	4½	
do. do. Litt. G.	4½	101,80 G
do. do. Litt. H.	4½	101,90 G
do. do. Litt. I.	4½	101,90 G
do. do. 1876	IV	
do. do. 1876	IV	